

Was Sie hier teilweise dargelegt haben, ist, offen gesagt, bar jeder Realität. Diese Landesregierung hat viele Akzente im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege gesetzt. Das kommt noch hinzu. Gerade dieser Dreiklang ist ja für viele Menschen wichtig, die sich sowohl um Angehörige als auch um die eigenen Kinder kümmern. Deswegen verstehe ich Ihren Antrag auch nicht.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 16. März Betretungsverbote in Bezug auf Kindertageseinrichtungen und auf Schulen ausgesprochen. Wir haben am 25. Februar den ersten identifizierten Coronafall im Land gehabt und haben dann aus Sorgegründen heraus gesagt: Wir fahren das System jetzt gemeinsam herunter.

Dass Eltern, die keine Betreuungsmöglichkeit hatten, in diesem Fall in eine erhöhte Care-Arbeit kamen, ist doch völlig nachvollziehbar. Gleichzeitig mussten viele Wirtschaftsbranchen ihre Arbeit einstellen. Dann kann man jetzt doch nicht beklagen: Da hat mehr Care-Arbeit stattgefunden. – Natürlich hat mehr Care-Arbeit stattgefunden, wenn Betreuungseinrichtungen nicht zur Verfügung gestanden haben. Aber das kann man hier doch jetzt nicht ernsthaft als kritischen Punkt anführen, um zu sagen, es gibt jetzt ein Rollback in Geschlechterrollen und Vergleichbares.

Wir erleben doch viel mehr, dass mit jeder neuen Generation die geteilte Sorgearbeit einen immer höheren Stellenwert bekommt. Wir haben immer mehr Väter, die in Elternzeit gehen. Das nimmt doch von Generation zu Generation zu. Insofern kann ich die Schwarzmalerei der grünen Fraktion hier nicht ganz nachvollziehen.

Zu einzelnen Aspekten, die Sie hier ansprechen:

Die Ziffern 1 und 2 hat die Landesregierung dem Grunde nach von Beginn der Amtszeit an mehr als umgesetzt. Ich kann Ihnen sagen, gestern hat beispielsweise die Konferenz der Gleichstellungsministerinnen und -minister stattgefunden. Die Gleichstellungsministerkonferenz hat beispielsweise eine Initiative aus Bayern und Sachsen angenommen, die das Kurzarbeitergeld im Zusammenhang mit Lohnerersatzleistungen bei Steuerklasse V betrifft.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Können Sie das Frau Wendland nach dem Redebeitrag, den Sie gerade abgeliefert hat, auch mal erklären?)

– Frau Abgeordnete, Sie können gern eine Kurzintervention beantragen. Dann können wir uns dialogisch weiter austauschen.

Ich möchte meine verbleibende Redezeit aber insbesondere nutzen, um auf Ihre Ziffer 3 einzugehen, in der Sie auf einen Rechtsanspruch für Frauenhäuser

abheben. Ich sage Ihnen hier in aller Deutlichkeit: Die Landesregierung lehnt die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen Platz im Frauenhaus ab. Das tun wir aus gutem Grunde.

Sie wissen, dass wir uns dazu in der letzten Landtagsperiode, in der SPD und Grüne die Landtagsmehrheit gestellt haben, zweimal im Landtag mit unterschiedlichen Sachverständigen ausgetauscht haben. Herr Professor Rixen hat damals im Auftrag von Frau Ministerin Steffens ein entsprechendes Gutachten erstellt und gesagt, das Schaffen eines Rechtsanspruches verschlechtert den Zugang für von Gewalt betroffenen Frauen zum Hilfesystem. Professor Rixen hat auch bescheinigt, dass der Weg, wie wir in Nordrhein-Westfalen die Frauenhäuser über eine Zuwendungsfinanzierung aufstellen, genau richtig ist, um Frauen einen niedrigschwelligen Zugang in das Hilfesystem zu ermöglichen. Deswegen lehnen wir den Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz ab, weil er die Situation der Frauen verschlechtert.

Wer also Frauen helfen will, der schafft garantiert keinen Rechtsanspruch. Deswegen wir das als Landesregierung nicht vortragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Somit können wir zur Abstimmung kommen, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den Antrag Drucksache 17/9798 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend –, an den Ausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht der Fall. Dann stelle ich die einstimmige **Überweisung des Antrags Drucksache 17/9798** somit fest.

Wir kommen damit zu:

10 Realistische Chancen eines Wärmespeicherkraftwerkes

Große Anfrage 19
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8299

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/8890

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der AfD dem schon am Redepult stehenden Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Pinkwart, die Antworten von Ihrem Ministerium auf unsere Große Anfrage zu den in NRW massiv subventionierten Wärmespeicherkraftwerken waren erschreckend spärlich. Sie konnten uns, den Vertretern der Bevölkerung, nicht einmal sagen, wie viele dieser Wärmespeicherkraftwerke wir in NRW benötigen würden, um damit eine Zeit von nur einer Woche Dunkelflaute zu überstehen. Zitat aus Ihrer Antwort:

„Wie viele Anlagen und welche Salzmassen für den beschriebenen Fall benötigt würden, lässt sich nicht seriös beziffern.“

Das verwundert umso mehr, als Ihr Ministerium noch im Jahre 2018 in der Lage war, innerhalb nur weniger Tage zu ermitteln, wie viele Pumpspeicherkraftwerke benötigt werden, um eine Woche Dunkelflaute zu überstehen. Sie erinnern sich vielleicht. Sie sagten, man bräuchte 1.154 Pumpspeicherkraftwerke, und gebaut werden könnten aufgrund der Topografie in NRW lediglich 27.

Ich kann mich an die damalige Ausschusssitzung, in der die Antworten der Landesregierung besprochen wurden, sehr gut erinnern. Es wurde von den Grünen, und zwar von Frau Brems, kritisiert, dass die Landesregierung der AfD doch tatsächlich Antworten gegeben hatte. Ich weiß, die Grünen mögen keine störenden Fakten – zerstören diese Fakten doch die Traumschlösser ihrer sogenannten Energiewende. Doch inzwischen ist anscheinend auch die Landesregierung nicht mehr an Fakten interessiert; denn nun werden keine Antworten mehr gegeben, und das sollte uns allen, insbesondere von der Opposition, zu denken geben.

Herr Pinkwart, ich frage Sie: Würden diese Fakten die Bevölkerung nur unnötig verunsichern? Oder sind Sie der Auffassung, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung bereits so niedrig ist, dass diese nicht in der Lage ist, einen einfachen Dreisatz aufzustellen, um das selbst zu berechnen?

Noch einmal die Faktenlage, die sich auch Ihrer Antwort entnehmen lässt: Fakt 1: Die Speicherkapazität der angefragten Anlage beträgt 40 Megawattstunden thermisch. Zweitens: Der Wirkungsgrad sei 40 %. Drittens: Der wöchentliche durchschnittliche Energiebedarf in NRW beträgt etwa 2,55 Terawattstunden. Wer das nicht glaubt, kann das auf der Internetseite EnergyMap.info nachschauen.

Bei einer vollen Aufladung des Salzspeichers von 40 Megawattstunden thermischer Energie wären also bei einem Wirkungsgrad von 40 % 16 Megawatt-

stunden elektrisch möglich. Pro Woche brauchen Sie 2,55 Terawattstunden, also 2,55 Millionen Megawattstunden. Ich mache es für Sie ganz einfach, ich muss es ja machen, anscheinend ist bei Ihnen ja niemand in der Lage, das zu rechnen. Nun muss man die benötigte Gesamtenergie nur noch durch die möglich erzeugte Energie einer solchen Anlage teilen. Also: 2,55 Millionen Megawattstunden durch 16 Megawattstunden. Das Ergebnis sind dann 159.357 Stück. Es werden also mehr als 150.000 Anlagen dieser Größenordnung gebraucht, um NRW eine Woche lang in einer Dunkelflaute mit Strom zu versorgen. Mehr als 150.000 Anlagen!

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister Pinkwart: Warum waren Sie mit Ihren Mitarbeitern nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten diesen einfachen Dreisatz durchzuführen? Haben Sie den Mitarbeiter, der einen solchen Dreisatz im Jahr 2018 noch beherrscht hat, inzwischen entlassen, Herr Minister? Oder haben Sie als Minister eine Anweisung gegeben, die Frage der AfD nach dieser wichtigen Größe nicht ordnungsgemäß zu beantworten? – Egal was von diesen beiden Dingen zutrifft – es wirft ein schlechtes Bild auf Sie und Ihr Ministerium, Herr Minister.

Entweder arbeiten bei Ihnen Dummköpfe oder Sie missachten die Abgeordneten in ihren parlamentarischen Rechten. Ich habe allerdings genügend Mitarbeiter in Ihrem Ministerium kennengelernt, um die Antwort „Dummköpfe“ ausschließen zu können. Was dann als Antwort übrigbleibt, Herr Minister,

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie ist im Gespräch mit Ministerpräsident Armin Laschet.)

auch wenn Sie nicht zuhören, ist ein zutiefst antidemokratisches Verhalten, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von der AfD)

Übrigens lässt sich auch die Salzmenge mit einem einfachen Dreisatz aus den technischen Daten ermitteln. Denn auch das haben wir angefragt. Sie, Herr Minister Pinkwart, waren mit Ihren Mitarbeitern nicht in der Lage, das zu berechnen. Wir haben es aber nachgerechnet. Für diese 159.357 Anlagen bräuchten Sie über 65 Millionen Tonnen Salz. Im Volumen entspräche diese Menge mehr als 22 Allianz-Arenen, also mehr als 22 allein mit Salz vollgepackte Fußballstadien in NRW. Das ist nur der Platz für das Salz. Für die mehr als 150.000 Anlagen brauchen Sie ebenfalls noch Platz.

Die Schlussfolgerungen der Antworten der Großen Anfrage zeigen, dass Sie, Herr Minister, das Parlament massiv missachten – so wie Sie es jetzt auch gerade tun, indem Sie entweder nicht zuhören oder bewusst die notwendigen Antworten auslassen. Wer mit der Wahl der FDP in NRW wirtschaftlichen Sach-

verstand erwartet hat, wird von Ihnen, Herr Minister, jede Woche enttäuscht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Dr. Peill das Wort.

Dr. Patricia Peill^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Loose, je lauter der Antrag, desto weniger Ideen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie stellen eine Große Anfrage und haben nichts Eigenes vorzuweisen. Ehrlich gesagt habe schon seit drei Jahren keine Idee von Ihnen gehört. Immer nur Zweifel. Sie sprechen von riesigen Rechenanlagen. Es geht um eine Pilotanlage des DLR und um eine Machbarkeitsstudie, um genau diesen Mix zu errechnen. Es gibt also wieder nur Bedenken von der AfD.

Klar, wir brauchen auch keine Energiewende. Wir haben ja keinen Klimawandel. Wir brauchen auch keinen Strukturwandel, denn das ist alles zu teuer. Neue Technologien brauchen wir nicht. Ehrlich gesagt, wir brauchen auch keinen Fortschritt, denn das ist auch nicht notwendig, oder? Sie reden wie Kaiser Wilhelm II., der sagte: Ich glaube an das Pferd; Automobil wird sich nicht durchsetzen. – Ich denke, Sie liegen mit Ihrer Vision für die Zukunft falsch.

Es geht uns um den Blick in die Zukunft. Es geht darum, ein Ticket für die Zukunft zu lösen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Insofern nehme ich diese Große Anfrage zum Anlass, unsere Art der zukunftsorientierten Energiewende aufzuzeigen, für die gerade innovative Speichertechnologien in ihrem Mix notwendig sind. Das ist eine wichtige Investition in Fortschritt.

Wir wissen alle, es braucht viele Komponenten, um die Klimaschutzaktivitäten zum Erfolg zu führen. Fossile Brennstoffe müssen schnell durch CO₂-neutrale Energiequellen wie Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden. Wir müssen jederzeit sichere und regelbare Leistungen zum Ausgleich von Schwankungen aus erneuerbaren Energien bereitstellen. Wir brauchen Zwischenspeicher, um die Tageslücken zu verändern, und dies ist ein Zwischenspeicher. Außerdem brauchen wir Innovation zur Marktreife, denn für uns ist Dekarbonisierung nicht Deindustrialisierung, sondern das bedeutet Auftrag und Ansporn, eine CO₂-neutrale Wirtschaft zu bauen.

Jetzt sind wir genau bei dem Thema, denn alle diese vier Punkte hat dieses Reallabor in sich. Hier geht es darum, den Wegfall der Wärmeeinspeisung des Braunkohlekraftwerks zu kompensieren und die vor-

handene Kraftwerksinfrastruktur mit mehr Zu- und Ableitungen zu nutzen. Das ist für die Kosten-Nutzen-Analyse sehr wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Also noch einmal für alle: Dieses Wärmespeicherkraftwerk ist in der Lage, volatilen Strom aus regenerativer Erzeugung aus dem Netz zu entnehmen und zeitlich entkoppelt, bedarfsgerecht und flexibel wieder ins Netz einzuspeisen. Was haben Sie dagegen?

(Christian Loose [AfD]: Dass es teuer ist! Das habe ich dagegen!)

Das ist ein Schlüssel für die Energiewende.

Wichtig ist, nicht immer nur Bedenken vor sich herzutragen, sondern das Ergebnis zu betrachten. Das machen wir. Unser Ziele sind: Wir wollen das Energieland Nummer eins bleiben, aber CO₂-frei, und wir wollen attraktive Arbeitsplätze schaffen und eine attraktive Wohngegend bleiben. Daher setzen wir für unsere Projekte technologieoffene Ansätze ein. Wir stellen uns dem Wettbewerb der Ideen. Wir nehmen alle Stakeholder der Region mit. Und wir begeben uns in den Wettbewerb der Zeit, denn glauben Sie nicht, dass wir hier in der Forschung alleine sind. Aber wir wollen diesmal der First Mover sein und den Marktvorsprung für uns nutzen. Deswegen hat es auch einen Stern gegeben.

Wir bauen hier in dieser Art Reallabore der Energiewende. Das heißt, wir entwickeln, wir erproben, wir verbessern, wir setzen um. Das sind Bausteine für Fortschritt. Dafür gibt es das Geothermiezentrum in Weisweiler, das Malta-Projekt im Brainergypark, der Solarturm und das „StoreToPower“ im Erftkreis. Damit beschleunigen wir den Strukturwandel. Das ist eine Bedingung für eine mögliche Energiewende.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Loose, gerade diese Projekte haben eine wichtige Strahlkraft, weit über NRW hinaus, denn sie sind ein Win-win für alle. Hier arbeiten der DLR, RWE und die Fachhochschule so zusammen, dass Innovationen für alle nutzbar sind. Wenn es nur eine Firma wäre, wäre das Know-how in der Firma. Hier strahlt es nach außen, aber es strahlt auch genau diese Region an, die im Strukturwandel ist, nämlich das Rheinische Revier, und die Region braucht das.

Das heißt, bezüglich der Energiewende brauchen wir nicht Bedenken und Kritik mit kleinen Formeln, sondern den Mut, größer zu denken. Wir brauchen Freude an Fortschritt, denn wir sind die Möglichmacher der Energiewende. Das unterscheidet uns sehr von Ihnen. Wir haben großes Vertrauen in die beeindruckende Innovationskraft aus dieser Region. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Peill. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Baran das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Volkan Baran (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir haben der Antwort der Landesregierung entnommen, dass es sich bei diesem Modellprojekt um ein zukunftsweisendes Projekt handeln kann, und wissen, dass wir im Zuge der Energiewende neue Speichermöglichkeiten, Speicherkapazitäten brauchen. Von daher ist die Erprobung dieses Wärmespeicherkraftwerks durchaus ein Modell, das wir als SPD-Fraktion unterstützen. Mit Spannung warten wir auf die Machbarkeitsstudie, weil wir daraus sicherlich neue Erkenntnisse und andere Diskussionsgrundlagen gewinnen, um weiter nach vorne zu kommen.

Gleichzeitig befürworten wir weitere neue Forschungsprojekte, die auf bereits bestehende Potenziale und Infrastrukturen aufbauen, um die neuen Kapazitäten nicht nur auf der grünen Wiese zu bauen.

Das Rheinische Revier ist mit seinem Know-how ein geeigneter Standort, um die Energiewende zu unterstützen. Als Dortmunder Abgeordneter wünsche ich mir, dass es mehr solcher Modellprojekte im Ruhrgebiet gibt, weil auch dort das Know-how vorhanden ist.

Wir warten erst einmal auf die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie. – Glück auf und bleiben Sie gesund!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Baran. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Herr Loose, ich weiß nicht so ganz, was Sie mit Ihren unverschämten Unterstellungen bezwecken wollten, aber ich vermute – Sie haben ja auch vermutet –, dass Sie damit eigentlich nur von der Technologiefeindlichkeit der AfD ablenken wollten.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition bekennt sich dagegen klar zu den Pariser Klimazielen und der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Dafür brauchen wir nicht nur einen breiten Mix an erneuerbaren Energien, sondern auch moderne, leistungsfähige Speichertechnologie.

Speicher sind neben der Erzeugung und der Nutzung ein notwendiger Baustein dezentraler Energieversorgungssysteme. Unser Zieldreieck aus Umweltverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit ist auch abhängig von Speichertechnologien. Als

unverzichtbare Systemleistungen sichern sie die Versorgung mit erneuerbaren Energien. Ein kluges Marktdesign muss durch innovative Speichertechnologien vorangetrieben werden.

Die vorliegende Antwort der Landesregierung zeigt Potenzial der Wärmespeicher deutlich auf. Entscheidend ist auch hier: Wir wollen die Vielfalt der technologischen Möglichkeiten nutzen. Gerade in einem dezentralen Energiesystem ist ein technologieoffener Mix am effektivsten, für Speichertechnologien wichtig. Er bietet große Vorteile bei Fragen der Integration und Kopplung. Aber auch hier gilt, aus der Theorie in die Praxis, in die Anwendung zu kommen.

Reallabore leisten hier einen wichtigen Beitrag. Das Reallabor ermöglicht, das Rheinische Revier zu einem modernen und innovativen Standort weiterzuentwickeln. Die Förderung von 2,9 Millionen Euro stammt aus dem Sofortprogramm Plus der Landesregierung. Das Programm zeigt, dass die Landesregierung beim Strukturwandel vorangeht. Wir übernehmen besondere Verantwortung, damit nach der Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes direkt mit der Realförderung begonnen werden kann.

Meine Damen und Herren, NRW leistet damit einen wichtigen Beitrag. So können wir dafür sorgen, dass wir national und international zu einem Vorbild für Energiespeicher werden. Je weiter die Energiewende voranschreitet, desto entscheidender ist der Erhalt und Ausbau von Speichertechnologien. Speichermedien wie Wärmespeicher erbringen wichtige Systemdienstleistungen für die Versorgungssicherheit. Neben Strom- und Wärmespeichern werden auch besonders Gasspeicher als Langzeitspeicher für Energie eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Energiewende spielen. Moderne Speichermedien sind für Nachfrage- und Angebotsflexibilisierung sowie die Sektorkopplung. Sie verfügen über das Potenzial, das zukünftige Energieversorgungssystem kostenoptimierend zu gestalten.

Für die integrierte Weiterentwicklung der Gas- und Stromnetzentgeltsystematik braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. In Nordrhein-Westfalen unterstützen wir Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien, schreiben die Landesförderung für Batteriespeicher fort und zeigen die Potenziale von Speichern für Flexibilisierung und Sektorkopplung auf.

Wir brauchen aber auch weitere Maßnahmen vom Bund und der Europäischen Union. Die regulatorischen Rahmenbedingungen für Speichertechnologien müssen verbessert werden. Es bedarf einer Weiterentwicklung der Systematik von Abgaben, Entgelten und Umlagen im Hinblick auf die systemdienliche Nutzung von Speichern. Hier müssen Mehrfachbelastungen endlich vermieden werden. Wir müssen Flexibilitätspotenziale von Speichertechnologien nutzbar machen, neben Speichertechno-

logien auch Power-To-X-Anlagen im großindustriellen Maßstab fördern.

Meine Damen und Herren, so werden wir auch langfristig den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen unterstützen und ausbauen können und sorgen so für eine gute Zukunft in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Modellprojekte – das haben wir heute gelernt – zeichnen sich durch ihren Modellcharakter aus. Modellbetrieb und Regelbetrieb sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Das ist vielleicht für eine Fraktion in diesem Haus eine neue Erkenntnis, für die anderen nicht unbedingt.

Was wir aber in diesem Modellprojekt erproben und weiter vertiefen wollen, ist die Tatsache, dass Flüssigsalzspeicher auch aus unserer Sicht in Zukunft eine positive Rolle bei der Energiewende spielen können. Wie genau das aussieht, wollen wir an dieser Stelle ausprobieren. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung das Thema im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier verstärkt in den Blick nimmt und fördert.

Gerade die Nachnutzung von Kohlekraftwerksstandorten ist in der weiteren Entwicklung eine verlockende Option, da auch vorhandene Bauteile dort weiter genutzt werden können. Für eine Pilotanlage, über die wir heute reden, mag das nicht entscheidend sein, aber bei zukünftigen Projekten werden wir genau hinsehen müssen, ob es an den Kraftwerkstandorten tatsächlich auch Speicherbedarf an regenerativem Überschussstrom gibt. Denn dafür muss vor allem auch gerade im Rheinischen Revier der Zubau an erneuerbarer Energie noch einmal kräftig zulegen. Wenn am Ende nur Braunkohlestrom in so einem Speicher landet, wäre das für die Energiewende nicht positiv. Da wäre nichts gewonnen, sondern das wäre eher das Gegenteil.

Wir sollten ehrlich sein, wenn wir uns über dieses Projekt heute unterhalten. Das Projekt ist in seiner aktuell geplanten Dimensionierung sicher ein sinnvolles Energieforschungsprojekt, aber es wird zunächst weder wesentliche Beiträge zur Energiewende noch zur Beschäftigung leisten. Das liegt daran, dass es ein Modellprojekt, ein Forschungsprojekt ist. Ich weiß nicht, ob ich das vielleicht noch einmal kurz erklären soll. Vielleicht kriegen wir es ja nach dieser Debatte hin.

Weil das auch immer das Horrorszenario ist, was die AfD aufmacht, dass das mit dem Speicher alles ganz furchtbar sei und niemals funktionieren könne: Das ist natürlich Quatsch. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es aktuell keinen Mangel an Speicherkapazitäten im deutschen Stromsystem gibt und dass der in Zukunft notwendige Zubau an Speichern weniger eine Frage von aktuell ungelösten technologischen Herausforderungen ist, sondern eher an den regulatorischen Hemmnissen scheitert. Es gibt kein attraktives Geschäftsmodell für Speicher.

Da muss – das sagen wir Grüne auf Bundesebene schon seit geraumer Zeit – die Große Koalition im Bund endlich aktiv werden. Wenn das geschieht, dann bin ich mir sicher, dass wir auch in Deutschland in einigen Jahren kommerziell betriebene Flüssigsalzspeicher sehen werden. Es lohnt sich also, diese Projekte weiter zu verfolgen, auszuprobieren und dann auch weiterzuentwickeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte-Richter. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei Frau Peill, Herrn Brockes, Herrn Baran und Herrn Bolte-Richter für ihre Beiträge bedanken, die positive Unterstützung für das Projekt, das von der DLR in Zusammenarbeit mit RWE und weiteren Projektpartnern im Rheinischen Revier realisiert werden soll.

Es ist, wie Sie schon ausgedrückt haben, wirklich ein spannendes Zukunftsprojekt, das wir hier mit an den Start bringen können: eine Pilotanlage zur Entwicklung eines Wärmespeicherkraftwerks an einem Kraftwerksstandort. Da haben wir die Infrastruktur. Wir können sie weiter nutzen, neue Technologien ausprobieren und in Zukunft hoffentlich auch in großem Maßstab zum Einsatz bringen.

Wir sind froh darüber, dass wir mit Professor Hoffschmidt vom DLR hier in unserer Region einen absoluten Experten auf dem Gebiet der Flüssigwärmespeicher haben.

Herr Bolte-Richter, weil Sie „Forschungslabor“ sagten: Es gibt, wie Sie wissen, schon eine ganz kleine Forschungsanlage in Porz, die dort seit einigen Jahren getestet wird. Jetzt ist das Ziel – und deswegen freuen wir uns, dass sich dieses Vorhaben zwischenzeitlich im Ideenwettbewerb „Reallabore der Energiewende“ der Bundesregierung im Rahmen des 7. Energieforschungsprogramms schon qualifizieren konnte – noch mal eine Stufe mehr.

Ich darf hinzufügen, dass ich mich besonders freue, dass es jetzt auch gelungen ist, das Konsortium dafür zu gewinnen, dass dieses Reallabor nicht nur mit 5 MW elektrischer Leistung errichtet werden soll, sondern – das muss noch abgestimmt werden; es ist noch nicht alles finalisiert, aber das Konsortium ist bereit, mit dem Bund darüber zu sprechen – es in Richtung von 50 MW, also Faktor zehn, gleich als Reallabor zu entwickeln und an den Start zu bringen.

Das würde uns sehr helfen; denn unser Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren von den Forschungsvorhaben, den Prototypen, den Reallaboren wirklich zur Großserienreife zu kommen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass das auch so, wie wir uns das überlegt hatten, aufgegriffen worden ist. Auch die ZRR hat dies als Zukunftsprojekt im Rheinischen Revier zur Förderung empfohlen.

Alle Weichen sind eigentlich gestellt. Weitere Vertiefungen sind noch vorzunehmen und Gespräche zu führen. Ich bin diesbezüglich aber sehr zuversichtlich, dass mit einem solchen Wärmespeicherkraftwerk ein wichtiges Leitprojekt für den Strukturwandel im Rheinischen Revier gewonnen werden kann und durch die nachhaltige Nutzung und Weiterentwicklung bestehender Kraftwerksstandorte insgesamt auch wieder entsprechende Wertschöpfung und hoch qualifizierte Arbeit entstehen können. Das ist ja ein Anliegen, das wir beim Strukturwandel im Rheinischen Revier haben.

Solche Technologien würden uns aber natürlich auch in der Metropole Ruhr – das wurde von Herrn Baran angesprochen – helfen. Sie würden uns landesweit, international helfen – zumal, wenn die Konsortialpartner zeigen könnten, dass es ein auch wirtschaftlich tragfähiges Konzept ist.

Wir haben mit Sitz in der Metropole Ruhr das Spitzencluster für Innovation in der Industrie gegründet – mit großen Unternehmen wie Siemens, Mitsubishi und anderen. Das sind natürlich auch Projektpartner für solche Vorhaben.

Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen zeigen könnten, dass es geht, dann ist das auf Dauer natürlich ein Exportprojekt, was wir uns sehr wünschen würden. Es würde dann nicht nur in der Anwendung, sondern auch in der Produktion solcher Technologien und im Export an andere Standorte Arbeitsplätze schaffen.

Mit Blick auf die Dunkelflaute und die Sorge um die Energieversorgungssicherheit möchte ich noch sagen, dass Sie, Herr Loose, das, was wir in den nächsten Wochen aller Voraussicht nach im Bundestag abschließen und im Bundesrat zur Beratung haben werden – nämlich das Kohleausstiegsgesetz –, anerkennen mögen. Mit der WSBK ist ein Gesamtkonzept geschnürt worden, weil das bedeutet, dass wir uns über einen Zeitstrahl schrittweise und verantwortungsvoll aus der Kohleverstromung zurückzie-

hen und parallel die Strukturen bei den Erneuerbaren, den Netzen, den Speichern und den anderen Technologien aufbauen.

Insofern ist es ein in sich ausgewogenes Konzept mit entsprechenden Brückentechnologien, die wir jetzt zum Einsatz bringen. Je nach Perspektive muss man da auch Kompromisse machen. So ist es nun mal, wenn man weiterkommen will. Ich bin aber der Meinung, dass es sehr tragfähige Brücken sind, die dieses Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz bauen.

Hier haben wir ein ganz tolles Projekt, das wir vorantreiben können – neben vielen anderen. Ich freue mich, dass es im Parlament so breit unterstützt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Loose hat jetzt 1:30 Minuten dafür. Bitte schön, Herr Loose.

Christian Loose* (AfD): Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Pinkwart, Ihr Konzept wimmelt ja von einem Energiemixsammelsurium, einem Mix verschiedener Speicher. Da sammeln sich bei Ihnen ganz viele Grabsteine in Bezug auf Speichertechnologien.

Pumpspeicherkraftwerke wollen Sie jedes Jahr fördern, aber es findet sich in NRW keiner, der das Ganze betreiben will. Druckluftspeicher wollten Sie mal. ADELE – gescheitert!

STEAG hat doch zum Beispiel in Spanien schon längst Salzspeicherkraftwerke getestet. Die sind vor zwei Jahren zu dem folgenden Ergebnis gekommen – ich zitiere aus einem STEAG-Bericht:

„Im Ergebnis lassen sich Speichertechnologien derzeit nicht wirtschaftlich betreiben“, sagt Wolfgang Benesch. „Das gilt jetzt schon für Pumpspeicherkraftwerke und in der Folge auch für unser Konzept eines Salzspeicherkraftwerks. ...“

Das heißt: STEAG hat schon vor zwei Jahren gesagt, es sei unwirtschaftlich.

Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Parameter nochmals verschlechtert. Wie sollen diese Salzspeicherkraftwerke aus Ihrer Sicht jemals wirtschaftlich werden? – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, 1:30 Minuten für eine Reaktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich habe meinen Ausführungen von eben nichts hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Nein, ich sehe gerade: Es ist eine Aussprache. Dann schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 19** der Fraktion der AfD **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

11 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser

Vorlage 17/3241
Drucksache 17/9005

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/9856

Das ist ein Lieblingstitel von mir. Darf ich noch mal? Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – schön!

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Untrieser tritt für die CDU-Fraktion ans Rednerpult.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es mir leichter, indem ich über die Selbstüberwachungsverordnung Abwasser spreche. Das ist dann im Verlauf des weiteren Verfahrens einfacher; wenn ich das dreimal in den Mund nehmen würde, wäre meine Redezeit wahrscheinlich auch bald zu Ende.

Heute ist ein guter Tag für die Bürgerinnen und Bürger und den Wasserschutz in Nordrhein-Westfalen,

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

denn heute bringen wir eine Sache zu Ende. Wir schaffen eine wunderbare Regel im Bereich der Selbstüberwachungsverordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich höre schon den Widerspruch vonseiten der Grünen und der SPD. Nachdem wir sehr lange darüber diskutiert haben, meine ich, dass wir vermutlich nicht mehr zu einer gemeinsamen Meinung kommen werden. Aber ich möchte trotzdem noch einmal die

Argumente anführen, die aus unserer Sicht dafür sprechen.

(Zuruf)

Wir haben uns in den vergangenen Monaten sehr viel Zeit genommen, um konkret zu schauen, ob das, was wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben, vernünftig ist. Vor allem nach der sehr ausführlichen Expertenanhörung vor wenigen Wochen muss ich sagen, dass es absolut richtig ist, was wir machen. Das haben uns die meisten Experten bestätigt.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Sie werden gleich wieder anführen, dass undichte Abwasserleitungen eine große Gefahr für das Wasser sind. Das werden Sie gleich wieder vortragen. Wenn man aber ins Protokoll der Sachverständigenanhörung schaut, sieht man erstaunlicherweise, dass die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, die sich eigentlich für die Beibehaltung der Regelung ausgesprochen haben, auf Nachfrage Folgendes gesagt haben – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Protokoll –:

„Wir haben aber bezüglich öffentlicher Kanäle keine Erkenntnisse, dass Schäden, die wir dort entdecken und reparieren, zu irgendwelchen Belastungen geführt haben, sei es im Grundwasser unmittelbar oder auch im Trinkwasser.“

Das sagt ein Befürworter Ihrer Regelung. Daran sieht man, dass es keinen wissenschaftlichen Beleg für das gibt, was Sie uns hier immer weismachen wollen, nämlich wir wären nicht für den Schutz des Trinkwassers und des Grundwassers. Deswegen ist unsere Regelung, die wir heute schaffen, absolut richtig.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Rübe wird das vermutlich noch mal ausführen; Herr Rübe ist ja ganz anderer Auffassung als wir. Er sagt: Grundsätzlich muss man überall im Land prüfen. Ich weiß, dass wir da nicht konform gehen, aber ich frage Sie, Herr Rübe: Wenn das so ist, wenn Sie recht haben, warum ist es dann in ganz Deutschland, mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens und Hamburgs, so geregelt, wie wir es jetzt regeln wollen?

Überall ist es anders. Wenn Sie nicht meiner Meinung sind, ist das völlig in Ordnung. Aber anscheinend sind Sie auch mit Ihren Kollegen in allen anderen Bundesländern nicht einer Meinung – das gilt auch für die SPD. Bei diesem Punkt stehen Sie allein auf weiter Flur und sind nicht bei den Menschen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Um zum Schluss noch mal darzulegen, wie kompliziert und unsinnig die Regelung war, die Sie aufgeschrieben haben und die wir jetzt ändern, bringe ich einige Beispiele aus meinem Wahlkreis: Wenn man im Falkenberger Weg in Hochdahl wohnt, muss man nur prüfen, wenn die Hausnummern ungerade sind,